fung solcher Pläne mitgewirkt hat? Warum läßt man denn nicht gegen den Staat? — Nun, weil man in [illegible] Linie für die Existenz dieser Koalitionsregierung mitverantwortlich ist. Dabei unterscheiden sich die „Linken" von den „rechten" Sozialdemokraten ebensowenig, wie beide bei Behandlung der wichtigsten Arbeiterfragen im sächsischen Landtage die Interessen der Arbeiter preisgaben. Und dann, Metallarbeiter: Wer ist verantwortlich für die famose Schlichtungsordnung, von der Zöller heute noch behauptet, daß sie auch „Gutes" für die Arbeiter bringt? Ist sie nicht die Folge der Auswirkung des Ermächtigungsgesetzes, für das allein die Sozialdemokraten die Schuld tragen? Hier liegt des Pudels Kern. Jetzt zeigen sich die Folgen des Verrates, das sind die tieferen Gründe, die wir heute zu erkennen haben.

Unter der neuen Führung des Reformisten Zöller haben die Dresdner Metallarbeiter eine Schlacht verloren — eine bittere Schlappe erlitten. Hand, Brand und die anderen sind Ministerialräte usw. Sie haben ihren Lohn, ihre Silberlinge! Die Metallarbeiter — 3 Pfg. „Lohnerhöhung" bis Ende Dezember, abzüglich einer Woche Arbeitslohn — Verlust für einen verlorenen Kampf, der immer Opfer kosten wird.

Am Ende des Jahres steht vor den Metallarbeitern die gleiche Frage

um höheren Lohn. Steuerraub und Zölle werden sie dazu zwingen, neue Forderungen zu stellen. Wieder wird ein Schiedsspruch gefällt werden, der den Metallarbeitern das nicht bringen wird, was sie haben müssen. Wer kann Hand oder einem andern hindern, „im öffentlichen Interesse" den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären und zwingendes „Recht", „Tarifrecht" zu schaffen?

Welche Kampftaktik wird Zöller dann empfehlen?

Wird er auch dann die „Gesetze im Rechtsstaate" [illegible] achten und die Interessen der Metallarbeiter preisgeben?

Wollen die Metallarbeiter eine solche zweite Enttäuschung erleben?

Will die Führung des DMV. vielleicht, um die juristische Frage günstiger für die Organisation zu gestalten, den Kollegen empfehlen, wie das bereits jetzt geschehen ist, gelassen das Arbeitsverhältnis ordnungsgemäß zu lösen und auf diese Weise mit Erwerbslosen-Unterstützung zu kämpfen?

Das ist das Ende reformistischer Gewerkschaftsstrategie! Ein Ausweichen wird es aber nicht mehr geben. Die Arbeiter müssen daraus die Lehre ziehen und der feigen reformistischen Gewerkschaftstaktik die einheitliche Kampffront des revolutionären Massenkampfes entgegensetzen.

Um die Einheit der Gewerkschaften

Das Leipziger Gewerkschaftsfest im Zeichen der roten Fahne.

Leipzig, 20. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das gestern stattgefundene Gewerkschaftsfest stand unter dem Eindruck der Kommunisten und der roten Fahne. Die Einheit in den Gewerkschaften marschiert. Trotz der Provokationen von dem sozialdemokratischen Kartellvorsitzenden. Bei den starken Verbänden war die KPD. vorherrschend. Der Leipziger Gewerkschaftsbureaukratie ist es nicht gelungen, die Kommunisten von dem Zuge abzutrennen. Die Arbeiter in den Gewerkschaften wollen die Einheitsfront trotz aller Sabotageabsichten der Gewerkschaftsführer. Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells war auf die neue Situation vorbereitet, mit roter Fahne im Auto fuhr er die Front ab (im Vorjahre flaggte er schwarz-rot-gold).

Das Zentrum zum Zollwucher bereit

Berlin, 20. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Kreuz-Zeitung" meldet, daß das Zollkompromiß der Regierungsparteien **von den deutschnationalen Junkern über die volksparteilichen Schwerindustriellen bis zu den Zentrumsschriften auf gutem Wege ist.** Sie schreibt, daß die Einigung mit dem Zentrum durchaus gegeben sei. Bemerkenswert ist, **daß die Erhöhung der Korn- und Viehzölle nach diesem Kompromiß noch über den Luther-Tarif hinausgeht, die Mindestzölle auf Roggen und Weizen sollen fallen.** Das soll die Beruhigungspille für die Arbeiter und Angestellten sein, die trotz des Aufwertungsschwindels noch hinter dem Zentrum und den Deutschnationalen herlaufen. Aber anstelle der Mindestzölle treten erhöhte autonome Zölle von 7,50 Mk. für Weizen und 7 Mk. für Roggen schon vom 1. August d. J. ab in Kraft. Nach dem Luther-Tarif sollten wenigstens bis zum 1. August 1926 Weizenzölle höchstens 5,50 Mk. und Roggenzölle höchstens 3 Mk. betragen. Dazu kommen die Mindestzölle für Vieh, die auch in den Handelsvertragsverhandlungen nicht herabgesetzt werden können.

Der Zollausschuß beschließt neue Belastung der Arbeiter

Berlin. In der Sitzung des Zolltarifausschusses des Reichstags am Sonnabend setzte der Regierungsblock seine Arbeit unentmutigt fort. Er erledigte, ohne sich um die Einwendungen der Oppositionsparteien zu kümmern, die erhöhten Leder-, Kautschuk- und Holzzölle. Eine heitere Episode ergab sich bei den Holzzöllen. Im Interesse einer kleinen Klique von Fabrikanten soll das Spertholz, dieses Hauptmaterial der Möbelindustrie, außerordentlich verteuert werden. Die Protesteingabe gegen den Spertholzzoll ist unter anderen auch von dem Berliner Tischlermeister Päth, deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, unterzeichnet. Genosse Rosenberg trug im Ausschuß die Eingabe des Herrn Päth vor, während er anwesende Herr Päth es nicht mehr wagte, seinen Standpunkt zu vertreten. Die kommunistischen Abgeordneten stellten die Eingabe des Deutschnationalen Päth zur Abstimmung, aber Herr Päth stimmte, getreu der Fraktionsdisziplin, seinen eigenen Antrag nieder. — Eine Blamage ohnegleichen für diese Sorte Wirtschaftspolitik, die nicht nur die Massen des Proletariats, sondern auch den Mittelstand und die Fertigindustrie aufs schwerste trifft.

Goldene Worte Hindenburgs in trüber Zeit
Enttäuschten Inflationsopfern zum Trost

(Worte Hindenburgs an die Spender-Deputation.)

[illegible] aber besonders habe ich mich sehr interessiert für die Lage der armen alten Rentner. Ich habe ja auch Bedenken, daß ein Mann, der 10 000 Mark Vermögen gehabt hat, nur mit 1% Prozent aufgewertet werden soll, ebenso wie ein Millionär. Denn dieser kann davon existieren, während der [illegible] Ich habe selbst mein Vermögen [illegible] die Notlage dieser Leute beurteilen, [illegible] nicht gehabt hätte — und wir waren [illegible] müssen. Ich bitte [illegible] kurz schriftlich eingeben [illegible] noch nicht geschehen, bevor ich meine Entschließung fasse. Denn Sie wissen ja, ich muß als alter Soldat mir die Freiheit meines Handelns wahren."

Nun hat Hindenburg unter die Schwindelgesetze der Inflationsräuber sein Siegel gedrückt. Die Betrogenen, die zufällig keine „ausreichende" Feldmarschall-Pension beziehen, mögen sich Hindenburgs goldene Worte in ihr altes Sparkassenbuch kleben und darüber nachdenken. Mit dem einen Gedanken müssen sie sich aber schon heute vertraut machen: freiwillig werden die großen Inflationsräuber nichts herausrücken. Nur im Klassenkampf, Seite an Seite mit den Ausgebeuteten in Stadt und Land, unter der Führung der Kommunisten, werden die Gauner und Volksbetrüger niedergerungen werden können.

Der Stinneskonzern vor dem Konkurs

Berlin. Nach zuverlässigen Informationen ist die Lage des Stinneskonzerns bedeutend ernster, als bisher angenommen wurde. Es wird in unterrichteten Kreisen für sicher gehalten, daß die von den Großbanken unternommene Sanierungsaktion sich bei der Höhe der Verpflichtungen des Stinneskonzerns nicht mehr lange durchführen läßt, und die Einleitung eines regelrechten Konkursverfahrens nicht zu umgehen sein wird. Stinnes hat in den letzten Tagen seinen bedeutenden Anteil an den Aktien der Berliner Handelsgesellschaft, den er seinerzeit mit Hilfe des berüchtigten Börsenschiebers Caprut zusammengeramscht hatte, verkaufen müssen, ohne dadurch größere Barmittel in die Hände zu bekommen. Neuerdings schweben neue Verhandlungen über die Losschlagung eines im Besitz von Stinnes befindlichen größeren Postens von Aktien der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, einer der bedeutendsten Schöpfungen von Stinnes. Außerdem steht auch der Abbau der russischen Interessen (der A.-G. für Osthandels- und Industrieunternehmungen) ebenso wie der ungarischen und österreichischen Interessen bevor.

Kurzarbeit in der rheinischen Metallindustrie

Remscheid, 20. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Direktion des Alexanderwerkes und der angeschlossenen Louisenhütte hat dem Betriebsrat mitgeteilt, daß nur noch fünf Tage in der Woche gearbeitet werden könne, weil das Geld für die Lohnzahlungen nicht herangeschafft werden kann. Von dieser Maßnahme sind 1500 Arbeiter betroffen.

Württemberg beschließt die Friedensmiete

Stuttgart, 20. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) **Der württembergische Landtag beschloß am Sonnabend mit 32 gegen 31 Stimmen die sofortige Einführung der Friedensmiete.**

Damit ist der erste praktische Schritt zur stärksten Belastung der Mieter getan. Während allgemein bis zum April 1926 gewartet werden sollte, geht Württemberg einfach zu 100 Prozent Miete über. Die Mieterschaft muß gegen diese Ausplünderung Stellung nehmen. Sachsen wird dem Schritt von Württemberg bald folgen. Hier wird eine Erhöhung der Mietzinssteuer einsetzen, wie sie bisher noch nicht da war. Am wesentlichsten ist die Stellung der Gewerkschaften, dort muß der Kampf gegen die wucherische Mietbestie aufgenommen werden.

Roter Aufmarsch in Köpenick

Berlin, 20. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Unter starker Beteiligung der werktätigen Bevölkerung verlief der Rote Tag in Köpenick. 3000 Demonstrierende beteiligten sich an der Bannerweihe. Die Kundgebung fand statt unter dem Zeichen: „Krieg dem Kriege!"

Der Bauer steht auf

Stuttgart, 20. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Anläßlich der 400jährigen Wiederkehr des Bauernkrieges veranstaltete das Gewerkschaftskartell Göppingen einen Arbeiter- und Bauerntag, zu dem Delegationen der Bauern aus dem ganzen Reiche erschienen waren. Unter starker Anteilnahme der werktätigen Bevölkerung bewegten sich 5—6000 Personen in einem Demonstrationszug durch Göppingen. Genosse Hörnle hielt die Ansprache. Der Tag stand unter dem Zeichen des Bündnisses von Stadt und Land.

Genosse Frunse an die deutsche Arbeiterdelegation

Moskau. (Inprekorr.) Genosse Frunse veröffentlicht in der „Pravda" einen Artikel, betitelt „Willkommen!", worin er unter anderm schreibt:

„Das erwachende Interesse von weiten Kreisen der Arbeiter Europas für den Aufbau in der Sowjetunion ist eine der vielsagendsten Erscheinungen der Gegenwart. Mehrere Arbeiterdelegationen, die in der jüngsten Zeit unsere Gäste waren und die die verschiedensten politischen Schattierungen vertraten, zeugen von einem tiefgreifenden psychologischen Umschwung in der Stimmung der westeuropäischen Arbeitermassen. Die Arbeitermassen scheinen immer mehr das Vertrauen zu jenem Bilde über das Leben in der Sowjetunion, wie es ihnen die bürgerliche und sozialdemokratische Presse bietet, zu verlieren. **Die Wahrheit beginnt zu siegen.** Die Arbeiter empfinden, daß die tatsächliche Lage in der Sowjetunion eine ganz andere ist, doch wagen sie nicht, den Worten unserer nicht allzu zahlreichen Freunde, die eine richtige Information über uns zu geben versuchen, Glauben zu schenken. Deshalb haben sie den Wunsch, auf Grund eigener Beobachtungen eine eigene Meinung zu bilden.

Vor einigen Tagen verabschiedeten wir uns von der franko-belgischen Delegation. Gegenwärtig begrüßen wir eine zahlreiche deutsche Delegation, die ausschließlich aus Arbeitern aus den Betrieben besteht. Diese Tatsache genügt, damit sie alle, ohne Unterschied der politischen Ueberzeugung, in allen Gebieten unserer Sowjetunion den wärmsten brüderlichen Empfang genießen. **Sie können sicher sein, daß man vor ihnen kein einziges Detail unserer Arbeit und unseres Lebens verheimlichen wird.** Die werktätigen Massen der Sowjetunion wissen, daß das Bild unserer Erfolge bei den deutschen Genossen das Gefühl der gemeinsamen proletarischen Freude und des proletarischen Stolzes und unsere Mängel, Fehler und Lücken nicht eine Schadenfreude, sondern eine aufrichtige Sympathie und den Wunsch, uns brüderlich zu helfen, auslösen werden. Die Arbeiter der Sowjetunion können mit ruhigem Gewissen, ohne sich zu überheben, den deutschen Freunden viel Lehrreiches zeigen. Vor allem wird jenes Zweifeln an der eigenen Kraft, das in die deutschen Arbeiter durch die zersetzende opportunistische sozialdemokratische Führung eingeimpft wurde und das ihre revolutionäre Energie und ihren Kampfwillen lähmte, zerschlagen werden. Die deutschen Genossen werden die Arbeiterklasse der Sowjetunion sehen, die mit unerschütterlicher Standhaftigkeit und Entschlossenheit ihr Sowjethaus aufbaut. Sie werden sich überzeugen, daß trotz der größten kulturellen Zurückgebliebenheit, trotz der beispiellos materiellen und technischen Schwierigkeiten diese Arbeit nicht so schlecht geht. **Auf vielen Gebieten unserer Wirtschaft haben wir den Vorkriegsniveau erreicht, teilweise überschritten.** In ein bis zwei Jahren hoffen wir, in der Gesamtwirtschaft den Vorkriegsstand zu erreichen. Bei unserer Armut und Zurückgebliebenheit, bei dem feindlichen Widerstand der gesamten uns umgebenden bürgerlichen Welt ist dies kein kleiner Erfolg. **Wir werden den deutschen Genossen auch die Schattenseiten zeigen.** Solcher gibt es bei uns nicht wenig. Wir beginnen beispielsweise erst jetzt, die Arbeit auf dem Lande richtig aufzurollen, da wir früher weder Kräfte, noch Mittel, noch Zeit dazu gehabt haben. Wir haben jetzt gewisse Mittel angehäuft und hoffen, in naher Zukunft ein erfreuliches Bild über eine mächtige Vorwärtsbewegung auch unseres Dorfes zu erleben. Viele deutsche Genossen dürften mit der Anschauung hergekommen sein, die ihnen die bürgerliche und sozialdemokratische Presse beibrachte, daß bei uns die wildeste und grausamste Diktatur herrscht, die jede Freiheit, jede Initiative und jedes Schaffen erledigt hat. **Mögen die deutschen Genossen sich über dieses Thema mit beliebigen Arbeitern aus beliebigen Berufen, in beliebigen Gebieten der Sowjetunion unterhalten. Sie werden von ihnen erfahren, daß nirgends in der Welt eine solche Freiheit für die Werktätigen besteht wie bei uns, und sie werden auch verstehen, daß bei den Verhältnissen einer kapitalistischen Umzirkelung, bei dem Vorhandensein von zehntausenden russischen, georgischen und anderen Weißgardisten, beim Vorhandensein von sozialrevolutionären und menschewistischen Gegenrevolutionären, die sich bei einer beliebigen kapitalistischen Regierung für den Kampf gegen die Arbeiter- und Bauernrepublik verkaufen, es ein Unsinn und Verrat wäre, das Schwert der proletarischen Diktatur aus der Hand zu lassen.** Die deutschen Genossen werden sich ferner überzeugen, wie tief nicht nur in der Arbeiterklasse, sondern bei der ganzen werktätigen Masse in der Sowjetunion die wärmste Sympathie zum deutschen Proletariat und zum ganzen deutschen Volke verwurzelt ist. Sie werden sehen, daß in jedem von unserem Arbeiter die feste Ueberzeugung herrscht, daß mit einer Vereinigung der revolutionären Bemühungen des Proletariats der Sowjetunion mit jenen des Proletariats Deutschlands, der Ausgang des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit endgültig und unwiderruflich entschieden sein wird. Sie werden von unseren Arbeitern verschiedene Fragen hören, wieso ein bedeutender Teil der deutschen Arbeiter sich noch immer von der die Sowjetunion haßenden Sozialdemokratie führen läßt. Noch vieles andere werden unsere deutschen Brüder hören. Ich bin fest überzeugt, daß dies uns und ihnen zunutze kommen wird. Unsererseits sind wir bereit, alle ihre Ratschläge und Hinweise anzunehmen, denn wir wissen, daß es Freunde sind, die uns raten. **Deshalb eröffnen wir unseren teuren Gästen die Türen unseres Sowjethauses und heißen wir sie mit ganzem Herzen willkommen!"**

Die Uebergabe der Antwortnote

Paris, 20. Juli. (Telunion.) Der deutsche Botschafter von Hoesch hat den französischen Außenminister ersucht, zur Ueberreichung der deutschen Antwortnote ihn zu empfangen. Die Note wird heute nachmittag 5 Uhr am Quai d'Orsay überreicht werden.

Erster internationaler Straßenbahnerkongreß in Brüssel

Frankfurt a. M., 19. Juli. (Telunion.) Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" aus Brüssel fand gestern der erste Kongreß des internationalen Verbandes der Straßenbahner unter dem Vorsitz von Zimmen statt. Mehr als hundert Delegierte vertreten 150 000 Mitglieder. Unter den Teilnehmern befindet sich auch ein Vertreter aus Deutschland.

Polnische Soldaten für Marokko

Berlin, 20. Juli. (Telunion.) Der „Montagmorgen" meldet aus Paris: Die polnische Regierung hätte das französische Kriegsministerium verständigt, daß sie eine Division polnischer Soldaten an die Front nach Marokko der französischen Armee zur Hilfe senden will.

Offizielle Kriegsberichterstattung

Paris, 20. Juli. (Telunion.) Der offizielle Kriegsbericht meldet, eine fliegende Kolonne habe am Sonntag die Stellungen bei Baba Hoceine und Oued Hamrine, die vom Gegner heftig angegriffen wurden, nach schweren Kämpfen zerstört. Die Munition sei zurückgeschafft worden. Eine andere Kolonne habe die Stellungen bei Ain Aich vom Feinde gesäubert.

Sozialdemokrat Boucour als Oberkommandant

Der „Paris Soir" will wissen, daß als Nachfolger Pétains der Abgeordnete Paul Boncour ausersehen war. Boncour spielt besonders als Vorsitzender der Landesverteidigungskommission eine erhebliche Rolle.

Von der Regierungsseite wird diese Nachricht insofern berichtigt, daß Painlevé den Sozialdemokraten nicht zum Oberkommandierenden, sondern zum Inspektor der Marokkoarmee ersehen gehabt hat. Ob nun das eine oder das andere nicht ist, hat es die 2. Internationale wahrlich weit gebracht. Sie kann sich rühmen, der imperialistischen Bourgeoisie nicht nur Minister, sondern auch „Feldherren" gestellt zu haben. Ein Sozialdemokrat als Kommandantenkandidat gegen ein um seine Unabhängigkeit kämpfendes Kolonialvolk. Sollte nicht dieses Bild am sozialdemokratischen „Friedensdenkmal" [illegible] werden? Sind die sozialdemokratischen Arbeiter nicht stolz auf ihren Genossen?

Krieg dem Kriege!

TU. **Paris** 17. Juli. „Liberté" berichtet in [illegible] Aufmachung über die Aufdeckung einer antimilitaristischen Verschwörung im Kriegshafen von Brest. Führern der Kommunistischen Partei, darunter ein gewisser Lemarchand, sei es gelungen, eine revolutionäre Bewegung unter den Arsenalarbeitern zu entfachen. Die Verschwörer hätten geplant, die Besatzung des Mittelmeergeschwaders, das morgen aus Cherbourg nach Brest zurückkehrt, „aufzuputschen". Verschiedene Verhaftungen sollen erfolgt sein, weitere Einzelheiten will das Blatt jedoch mit Rücksicht auf die Landesverteidigung nicht anführen.

Militäraufstand in Lissabon

Paris, 20. Juli. (Telunion.) Nach einer Havasmeldung aus Lissabon haben am Sonntag früh aufständische Offiziere, denen es gelungen war, aus der Festung Sao Julian zu entweichen, mit Unterstützung des Kreuzers „Vasco de Gama" eine Ueberrumpelung der Regierungsgebäude versucht. Die Regierung ergriff alle Sicherheitsmaßnahmen, und es gelang ihr, den Führer der Aufständischen Baptista und 4 Offiziere gefangen zu nehmen. Man rechnet damit, daß sich auch der Kreuzer „Vasco de Gama" ergeben wird. Das Parlamentsgebäude wird von starken Truppenabteilungen überwacht.